

München,  
09.01.2004

# Gemeinsame Presseerklärung bayerischer Schüler-, Lehrer- und Elternverbände



BLLV



brlv



LEV-RS



Die von der Staatsregierung geplanten Änderungen, Kürzungen und Einschränkungen im Schul- und Bildungsbereich stoßen bei den bayerischen Lehrer-, Eltern- und Schülerverbänden auf heftige Kritik und einhellige Ablehnung, da sie zu einer deutlichen und dauerhaften Verschlechterung der Lehr- und Lernbedingungen für Schüler- wie Lehrerschaft und zu einem einschneidenden Qualitätsverlust und Abbau von Bildungschancen im bayerischen Schulwesen führen werden. Daher wenden sich in einem in der Geschichte des Freistaates in dieser Form erstmaligen Bündnis die Lehrerverbände im Bayerischen Beamtenbund, die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und die organisierte Eltern- und Schülerschaft allgemeinbildender und beruflicher Schularten in großer Sorge um die Bildungsqualität in Bayern an die Öffentlichkeit.

## **Regierung setzt auf Sparmaßnahmen statt Investitionen**

Die in der Regierungserklärung von Ministerpräsident Stoiber angekündigten Investitionen in die Bildung entpuppen sich in weiten Teilen als Sparmaßnahmen. Die geplanten Maßnahmen stehen im krassen Gegensatz zu dem bisherigen Anliegen der Staatsregierung, angestrebten Fortschritten in der Bildungsqualität klaren Vorrang vor zeitlichen und finanziellen Einsparungsüberlegungen einzuräumen.

Die vorgelegten Pläne der bayerischen Staatsregierung stellen in diesem Sinne einen Paradigmenwechsel dar. In Schröderscher Manier werden Zusagen aus der Zeit vor den Landtagswahlen gebrochen oder zurechtgebogen, fachwissenschaftliche Argumente bei Seite geschoben und einem populistischen Aktionismus Beifall gezollt. Alle bayerischen Lehrerverbände, die Eltern und Schüler stemmen sich massiv gegen kurzfristige politische Hauruckverfahren. Auch wenn in den Teilbereichen wie der Lehrmittelfreiheit ein Nachdenken erkennbar ist, so bleibt im Kernbereich doch der Versuch bestehen, die Qualität von Bildung kurzfristigen ökonomischen Interessen zu opfern.

## **bpv: Die Qualität des bayerischen Abiturs ist in Gefahr!**

Für den Bayerischen Philologenverband betonte dessen Vorsitzender Max Schmidt, dass sein Verband nicht gegen sinnvolle Maßnahmen sei, die eine Verkürzung der Gesamtbildungsdauer zum Ziel haben. Bei der überraschend angekündigten Verkürzung des Gymnasiums handele es sich jedoch bei näherem Hinsehen um eine Pseudoreform, die zusätzliche Kosten verursache, aber weder eine Qualitätsverbesserung noch den erhofften Zeitgewinn bringe.

Schmidt weiter: „Gemeinsam mit der Landeselternvertretung der Gymnasien LEV und namhaften Vertretern der Wirtschaft, der Hochschulen und kirchlicher Organisationen hat der Philologenverband Vorschläge gemacht, die in der Bildungs-Initiative Gymnasium (BIG) veröffentlicht wurden: Eine stärkere Verzahnung von Gymnasium und Universität, Wirtschaft und Verwaltung könnte in einer dreijährigen Oberstufe zu besserer Vorbereitung der Studienfach- und Berufswahl führen. So könnte die Orientierungsphase zwischen Abitur und Studienbeginn drastisch verkürzt und die Zahl der Studienabbre-

cher sowie Studienfachwechsler spürbar reduziert werden. Zusammen mit einer Einschulung, die wirklich mit 6 Jahren stattfindet, ließe sich auf diese wirklich innovative Weise sogar eine Verkürzung der Gesamtausbildungsdauer um mehr als ein Jahr realisieren - und das, ohne die Qualität des Gymnasiums zu verringern und die Belastung zu erhöhen. Mit ihren Plänen zu einer simplen Schulzeitverkürzung gefährdet die bayerische Staatsregierung nicht nur die Qualität des bayerischen Abiturs, sie handelt auch gegen den Willen der Mehrheit der bayerischen Bevölkerung, wie eine vor zwei Tagen veröffentlichte Umfrage von Infratest ergeben hat!“

### **LEV Gymnasien: Mehr Geld für die Bildung- mehr Zeit für Erziehung!**

Thomas Lillig von der Landes-Eltern-Vereinigung der Gymnasien in Bayern betonte, dass das langjährige Motto der LEV „Mehr Geld für die Bildung- mehr Zeit für Erziehung!“ heute aktueller denn je sei und fragte: „Wie soll das bitte alles gehen? Die gymnasiale Schulzeit verkürzen und die Qualität steigern? Sein Fazit lautete: „Unsere Argumente für das 9-jährige Gymnasium sind nicht widerlegt, sie sind missachtet worden.“ Die LEV hat deshalb einige unverzichtbare Inhalte des Gymnasiums formuliert wie die klassische Bildungsidee „Bildung ist mehr als Wissen“, die Persönlichkeitsbildung und Wertevermittlung, Verstärkung von Motivation und partnerschaftliche Zusammenarbeit. Eine qualitätsorientierte Weiterentwicklung des Gymnasiums muss das Fachlehrerprinzip und das Kollegstufensystem beibehalten, die Sprachenvielfalt fördern und eine stärkere Verzahnung des Gymnasiums mit den Hochschulen beinhalten. „Unabdingbare notwendige Voraussetzung für all das ist: Mehr Geld für die Bildung und nicht weniger! Wir Eltern werden einer Mittelkürzung im Bildungsbereich unseren erbitterten Widerstand entgegensetzen!“

Angesichts der ohnehin großen finanziellen Belastung für Eltern sei eine wie auch immer geardete Einschränkung der Lernmittelfreiheit nicht akzeptabel.

Längst gehe es ja nicht mehr nur um die Verkürzung der gymnasialen Schulzeit; der Charakter der Schularart Gymnasium stehe auf dem Spiel, zu dem neben der breiten Allgemeinbildung nach der festen Überzeugung der Eltern unabdingbar auch die Persönlichkeitsbildung gehöre und eine allgemeine Hochschulreife als Abschluss. „Ein Abitur als nur noch notwendige, aber nicht mehr hinreichende Voraussetzung für ein Studium, verbunden mit flächendeckenden Hochschuleingangsprüfungen, ist für uns Eltern nicht nur nicht hinnehmbar, es ist nicht einmal diskussionswürdig“, betonte Thomas Lillig und fügte hinzu: „Die LEV wird ihre berechtigten Forderungen mit Zähigkeit und in intensiven Gesprächen weiter verfolgen - wir sind dialogbereit.“

### **LSV: Das Engagement der Schüler steht und fällt mit dem außerunterrichtlichen Engagement der Lehrer.**

Die Landesschülervertretung warnt eindringlich vor den immensen Folgen der geplanten Verkürzung der gymnasialen Schulzeit für uns Schülerinnen und Schüler. „Die Einführung des achtjährigen Gymnasiums erfolgt in unseren Augen völlig überstürzt und ohne ein durchdachtes Konzept“ so Lukas Hellbrügge. „Nicht abgeschlossene Schulversuche und die sehr kurzfristige Einführung ohne Rücksprache oder Diskussion mit den am Schulleben Beteiligten zeigen für uns ein kopfloses und wenig durchdachtes Vorgehen vor allem zu Lasten der leistungsschwächeren Schülerinnen und Schüler. Denn zwangsläufig bedeutet es merklich höhere Anforderungen in allen Jahrgangsstufen, wenn der Unterrichtsstoff der ehemals neun Jahre in dann acht Jahren vermittelt werden muss; die schwammige Verlautbarung des Kultusministeriums, der Lehrplan werde „hinsichtlich inhaltlicher Details gekürzt“ lässt uns an einer ausreichenden Änderung zweifeln.

Daneben fürchten wir, dass das achtjährige Gymnasium das Ende für das außerunterrichtliche Engagement an Bayerns Gymnasien – sowohl der Schülerinnen und Schüler als auch der Lehrerinnen und Lehrer bedeutet. „Persönlichkeitsbildung, eigenverantwortliches Handeln und soziale Kompetenzen – diese Dinge werden am Gymnasium nicht durch den Frontalunterricht vermittelt, sondern in Arbeitskreisen, Wahlkursen, in Chor, Orchester und nicht zuletzt in der

Schülervertretung. Ich denke hier aber auch an die vielen tausend aktiven Mitglieder unter den Schülerinnen und Schülern, die sich in Sport- und Jugendvereinen engagieren – denn nicht nur an Schule sondern auch in der Jugendarbeit soll gekürzt werden.“ so Lukas Hellbrügge.

„Die Reduzierung der schulischen Bildung auf den Frontalunterricht, bei dem möglichst viel in kürzester Zeit gelehrt werden soll – die Abkehr vom Wort Bildung zum Wort Ausbildung – lassen uns eine gefährliche Tendenz der immer mehr wirtschaftlichen Ausrichtung der Bildungseinrichtung Schule erkennen“, so Hellbrügge. „Die Einführung des G8 aus Motiven der Konkurrenzfähigkeit der Schülerinnen und Schüler mit anderen Ländern im nationalen und internationalen Vergleich zeigt für uns, dass nach dem Willen der Staatsregierung schon längst nicht mehr für das Leben, sondern für die Wirtschaft gelernt wird.“ sagt Lukas Hellbrügge abschließend.

### **BLLV: „Aktion Rotstift“ gegen Arbeitszeiterhöhung**

„Die Politik muss das gesamte Bildungspotential in unserem Land ausschöpfen. Sonst läuft sie Gefahr, die Zukunft zu verspielen.“ Mit dieser eindringlichen Warnung wandte sich der Präsident des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbands BLLV, Albin Dannhäuser, bei der heutigen gemeinsamen Pressekonferenz bayerischer Schüler, Lehrer- und Elternverbände an die Staatsregierung. „So verständlich es ist, dass die nächste Generation nicht von einem Schuldenberg erdrückt werden darf, so notwendig ist es, mehr als bisher in Bildung zu investieren, damit die nächste Generation ihre Zukunft bewältigen kann“, erklärte der BLLV -Präsident. „Junge Menschen sind auf eine solide Ausbildung angewiesen, die sie für den globalen Wettbewerb rüstet. Nur so können sie das für sie notwendige erwirtschaften. Wer Bildungsmöglichkeiten einschränkt, verbaut jungen Menschen die Zukunft.“

Der BLLV wehrt sich energisch dagegen, unter dem Druck leerer Kassen die Lehrerarbeitszeit innerhalb von zehn Jahren zum dritten Mal zu erhöhen. Die Grenze der Zumutbarkeit ist längst überschritten. Bereits jetzt verursachen Zwangspensionierungen von Lehrerinnen und Lehrern aus gesundheitlichen Gründen jährliche Kosten in Höhe von 250 Millionen Euro in Bayern. Die Erhöhung der Arbeitszeit ist auch arbeitsmarktpolitisch völlig kontraproduktiv, weil sich mit ihr die Beschäftigungschancen für junge Lehrerinnen und Lehrer drastisch verringern. Drohende Arbeitslosigkeit schreckt Abiturienten vom Lehrerstudium ab. „Wie sollen dann die aufgrund der bevorstehenden Pensionierungswelle in den nächsten 15 Jahren rund 42 000 frei werdenden Lehrerstellen neu besetzt werden?“

Dannhäuser verwies auf die für Februar geplante BLLV -„Aktion Rotstift“, bei der landesweit an Schulen Proteste geplant sind. Näheres dazu findet sich unter [www.bllv.de](http://www.bllv.de) ☞

### **BEV: Die soziale Schere öffnet sich weiter**

"Jedes Kind hat dasselbe Recht auf Bildung", betonte Landesvorsitzende Ursula Walther vom Bayerischen Elternverband. Mit dem Stoiberschen Sparkonzept verringern sich die Bildungschancen für Kinder und Jugendliche. Finanziell und sozial schwachen Familien fehlt das Geld für Schulbücher und Nachhilfeunterricht, erst recht für alles, womit Kinder noch gefördert werden könnten. Kinder aus solchen Familien sind auf die Schule angewiesen. Jeder andere Schüler, der aus der Norm fällt - z.B. weil er hoch begabt ist oder die falsche Muttersprache spricht - hat ebenfalls das Nachsehen. Wenn Lehrer mehr arbeiten müssen, werden sie sich noch weniger um einzelne Schüler kümmern können. „Daran ändern auch die geplanten Intensivierungsstunden nichts - die braucht man, um den Schaden, den das aufs G8 zusammengestauchte G9 bei vielen Schülern anrichtet, einigermaßen auszugleichen“, so die Landesvorsitzende des BEV. Sozialarbeiter und mehr Lehrer wären für Chancengleichheit nötig. Beim Sparkonzept bleiben sie Utopie, ebenso wie die echte Ganztagschule.

### **KEG: Wortbruch der Staatsregierung**

Als erschreckend bezeichnete der Vorsitzende der Katholischen Erziehergemeinschaft KEG Bernhard Buckenleib den Wortbruch in Sachen Arbeitszeitkonto: „Die feste Zusage der Staats-

regierung, dass während der Laufzeit des Arbeitszeitkontos weder offene noch versteckte Arbeitszeiterhöhungen erfolgen, hat sich vollkommen verflüchtigt.“ Buckenleib weiter: „Nach dem Motto „Was schert mich mein Geschwätz von gestern“ bricht man nun vorsätzlich das bisherige Vertrauensverhältnis und zerstört damit mutwillig eine tragende Säule der Personalführung: Vertrauen und Berechenbarkeit“.

Zu diesem Stil passe es, dass die engagierten bayerischen Lehrkräfte bis heute auf ein Wort ihres Arbeitgebers zu den letzten Diffamierungen in einigen Veröffentlichungen warteten. Trotz Nachfrage durch die KEG habe sich der Dienstherr bis heute dazu nicht geäußert und zeige damit mehr als deutlich seine tatsächliche Wertschätzung der bisher so motivierten und engagierten Arbeit der bayerischen Lehrkräfte. „Mit den Ergebnissen von PISA geben sie an, aber das Personal, das diese Ergebnisse erst ermöglicht hat, ist ihnen egal.“ Buckenleib sieht darin eine erhebliche Beeinträchtigung der Motivation und damit der bisher so hohen Qualität im bayerischen Bildungswesen.

### **brlv: Gefahr für lebendiges Schulleben – Stillstand bei der Schulentwicklung**

Fatale Folgen der angekündigten Erhöhung der Unterrichtspflichtzeit sieht der Bayerischer Realschullehrerverband brlv für das Schulleben und die Schulentwicklung. „Hier wäre weitgehender Stillstand vorprogrammiert,“ sagte der Vorsitzende Peter Peltzer unter Hinweis auf eine vom Verband durchgeführte Mitgliederbefragung. Bei einer dritten Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung innerhalb von zehn Jahren wäre die Belastungsgrenze für viele Lehrer endgültig überschritten, nachdem bereits jetzt das Arbeitsvolumen der Realschullehrer, so Peter Peltzer, nach der Peinelt-Studie vom Sommer 2003 bei über 2000 Jahresarbeitsstunden liegt.

Über 5000 Lehrkräfte hatten bei dieser Befragung angegeben, im Falle einer nochmaligen Verlängerung der Unterrichtspflichtzeit auf bisher freiwillig erbrachte pädagogische Aktivitäten zu verzichten. Das betreffe Schulsikurse, den Schüleraustausch, Schullandheimaufenthalt, Klassenfahrten, Exkursionen, aber auch zusätzliche Förderangebote, Schulfeste, Musik- und Theaterveranstaltungen. Aus der Umfrage geht hervor, dass vier von fünf Aktionen in Frage gestellt wären. Der Verband sieht eine „pädagogische Verarmung des Schullebens“ heraufziehen - zum Nachteil der Schüler und der von der Politik immer wieder propagierten Schulentwicklung.

Die Umfrageergebnisse interpretierte der brlv auch als Zeichen eines Motivationsverlustes in der Lehrerschaft. Der brlv erinnerte an das Versprechen der Politik, während des laufenden Arbeitszeitkontos auf eine Arbeitszeitverlängerung zu verzichten. „Wenn nun das Gegenteil angekündigt werde, darf man sich über schwindendes Vertrauen nicht wundern“, schloss Peltzer.

### **LEV Realschulen: Verlust an Glaubwürdigkeit der Politik**

Die eindeutige Unterstützung der Elternschaft in dieser Position sicherte Anton Lang, der Vorsitzende der Landeselternschaft an den Realschulen, den Lehrerverbänden zu: „Mit der Regierungserklärung vom 06. November 2003 hat die Staatsregierung bei den Eltern erheblich an Glaubwürdigkeit verloren.“ Anstatt für Bildung mehr Geld zur Verfügung zu stellen, wie vor den Landtagswahlen erklärt, sollen nun auch die Mittel für Bildung gekürzt werden.

Die Forderung nach einer Arbeitszeiterhöhung und nachmittägliche Präsenzzeiten an Schulen für Lehrkräfte sind Forderungen, die zunächst verlockend nach Zustimmung klingen. Aus der Sicht der bayerischen Realschuleltern scheinen diese angedachten Maßnahmen aber für unsere Schülerschaft nicht sehr hilfreich. Für uns Eltern steht das Wohl unserer Kinder im Vordergrund.“ Anton Lang stellte unmissverständlich dar: „Wenn in der angesprochenen Studie zu Tage kommt, dass Lehrkräfte besonders unter psychischen Belastungen leiden – vorwiegend ausgelöst durch zu große Klassen, abnehmende Schülermotivation und vermehrt verhaltensauffällige Schüler - sollten nach Elternmeinung erst diese Negativfaktoren behoben werden, bevor über eine weitere Arbeitszeitverlängerung diskutiert wird.“

Eine Regelung durch den Gesetzgeber, in welchem Umfang Lehrer am Nachmittag an der Schule anwesend sein müssen, hält die Landeselternschaft der bayerischen Realschulen für nicht erforderlich. Bei einer gut funktionierenden Schule bedürfe es keiner über die bereits bestehenden Regelungen hinausgehenden Normen zur Förderung, Beratung und Betreuung von Schülern.

### **VLB: Fehlender Lehrernachwuchs ist vorprogrammiert!**

Hermann Sauerwein, der Vorsitzende des Verbandes der Lehrer an beruflichen Schulen, machte die katastrophalen Auswirkungen der angekündigten Maßnahmen auf die Motivation der Lehrkräfte deutlich: „Eine weitere Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung bei laufendem Arbeitszeitkonto ist nicht zumutbar. Die Kolleginnen und Kollegen haben seit langem ihre Belastungsgrenze erreicht. Die Person des Lehrers ist aber die stärkste Komponente im Vermittlungsprozess. Nur bei motivierten Kolleginnen und Kollegen springt der Funke auf Schülerinnen und Schüler über.“ Sauerwein gab zu bedenken: „Wie sollen wir in einer derartigen Belastungssituation junge Menschen für diesen Beruf begeistern? Schon jetzt gelingt es nicht mehr, genügend Bewerber für frei werdende Stellen an unseren Schularten zu finden. Ein eklatanter Lehrermangel hat die Berufsschulen fest im Würgegriff.“ Dringend notwendig sei eine umfassende Verbesserung der Rahmenbedingungen, damit sich qualifizierte junge Leute wieder stärker für den Lehrerberuf entscheiden. Die vorgesehene Arbeitszeiterhöhung wirke hier extrem kontraproduktiv.

„Die besondere Situation der beruflichen Schulen ist auch bei dieser Reform wieder einmal nicht berücksichtigt worden.“ so Hermann Sauerwein. Der Vorsitzende sieht die absolute Notwendigkeit, die Belastungssituation der Lehrkräfte an den beruflichen Schulen zu entschärfen. Eine erste Konsequenz der zu erwartenden Überlastung der Lehrkräfte bestehe darin, dass viele Lehrer die Mitwirkung an den Berufsabschlussprüfungen einstellen müssen. „Bei dieser Nebentätigkeit der Lehrer im dienstlichen Interesse können wir aus Belastungsgründen nicht mehr mitmachen.“

### **GEW: Außerordentliche Zumutungen erfordern außerordentliche Gegenmaßnahmen!**

Georg Wiesmaier, der Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, machte deutlich, dass sich die Bildungsgewerkschaft GEW gegen die Kürzungen in allen Bildungsbereichen wehre, von den Kindertagesstätten über die Schulen und Hochschulen bis zur Weiterbildung. „Wir wehren uns insbesondere dagegen, dass die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Zukunft 42 statt wie bisher 38,5 bzw. 40 Stunden pro Woche arbeiten sollen.“ Für Lehrkräfte ist neben einer Erhöhung der Unterrichtspflichtzeit um eine bis zwei Wochenstunden eine Präsenzpflcht an den Schulen im Umfang von zwei Nachmittagen beabsichtigt. Bereits jetzt scheidet ein erheblicher Teil der Lehrkräfte krankheitsbedingt vorzeitig aus dem Dienst aus. Wiesmaier warnte eindringlich vor den Folgen der Überbelastungen: „Die Qualität des Unterrichts wird sich durch erkrankte, angeschlagene und demotivierte Lehrkräfte verschlechtern. Leidtragende sind hierbei – neben den Beschäftigten – viele Schülerinnen und Schüler und ihre Eltern. Geringeres Können und schlechtere Abschlüsse sind keine günstige Grundlage, insbesondere bei Bewerbungen um Ausbildungs- und Arbeitsplätze. Die Beschäftigten sollen mehr arbeiten, für die Menschen ohne Beschäftigung bleibt keine Arbeit. So bekämpft man die Arbeitslosen anstelle der Arbeitslosigkeit.“ Georg Wiesmaier forderte deshalb unmissverständlich: „Keine Erhöhung der Arbeitszeit, auch nicht durch die Hintertür über eine Präsenzpflcht an zwei Nachmittagen.“

Dabei bezweifle die GEW nicht die Finanznot der öffentlichen Kassen. Aber diese seien nicht plötzlich über Nacht leer geworden. Die Ursachen dafür liegen, so führte Georg Wiesmaier detailliert aus, vielmehr in einer verfehlten Wirtschafts- und Finanzpolitik.

Abschließend machte der Vorsitzende der GEW deutlich: „Außerordentliche Zumutungen erfordern außerordentliche Gegenmaßnahmen! Die GEW initiiert und beteiligt sich in den nächsten Monaten an Protestaktionen von Unterschriftensammlungen bis zu Demonstrationen. Da-

bei ziehen wir auch Maßnahmen bis zu Arbeitsniederlegungen, auch von verbeamteten Lehrkräften, in Betracht.“

### **Gemeinsamer Appell : Der Bildung förderliche Rahmenbedingungen herstellen - gemeinsames Engagement aller Beteiligten stärken statt schwächen!**

Für die beteiligten Verbände stellte der Vorsitzende des Bayerischen Philologenverbandes Max Schmidt klar, dass Schulen zu Recht dauernd reformiert werden müssen. Dies, um einerseits den Ansprüchen der geänderten gesellschaftlichen Bedingungen gerecht zu werden und andererseits dem Fortschritt der Wissenschaften Rechnung zu tragen. Einer solchen Reform auf einer fundierten wissenschaftlichen Grundlage reichten alle beteiligten Gruppierungen gerne und mit großem Einsatz ihre Hand. In der Konsequenz bedeute dies aber: „Wir brauchen echte Investitionen in Bildung und das heißt mehr und nicht weniger Geld!“ Schmidt in seinem Schlussappell weiter: „Gestalten wir die Schule für morgen nicht nach kurzfristigen ökonomischen und parteipolitischen Interessen, sondern nach der Natur unserer Kinder und der Natur des Lernens. Wir rufen die Politik zum Innehalten und zur Besinnung auf diese gemeinsame Aufgabe auf. Dazu gehört auch das Wissen; dass das Engagement aller Betroffenen für eine erfolgreiche Umsetzung notwendig ist. Erreichbar ist dieses aber nur dann, wenn man auch alle beteiligt.

Für die Unterrichtenden heiße dies, dass man anerkennt, dass bei ihnen die Grenzen der Belastungen erreicht sind. Alle Lehrerverbände in der abf forderten schon lange auch für Bayern eine wissenschaftliche Studie zur Arbeitsbelastung der Lehrerinnen und Lehrer, bevor über eine Erhöhung oder Neuorganisation der Arbeitszeit gesprochen werde

Ziel einer jedweden Reform im Bildungsbereich müsse die Steigerung der Qualität der schulischen Bildung sein. „Um einen Weg dahin zu finden, brauchen wir Zeit und fundierte Erfahrungen, aber keine Schnellschüsse!“ Schmidt weiter: „Wir rufen die Politik und insbesondere die Landtagsabgeordneten der CSU bei ihrer anstehenden Tagung in Kreuth deshalb auf, für das gemeinsame Ziel der stetigen Verbesserung der Bildungsqualität für unsere Jugend einzutreten. Dazu ist das gemeinsame Engagement von allen unabdingbar: von Schülern wie von den Lehrkräften und den Eltern, von der Politik wie von den im Bildungsbereich engagierten Verbänden. Aber Motivation und Engagement können nur auf dem Nährboden von Vertrauen und Verlässlichkeit gedeihen.

Solange diese Vertrauensbasis jedoch nicht gegeben ist,“ so Schmidt abschließend, „werden die hier vertretenden Organisationen gemeinsam und einzeln, in der Region und im ganzen Land mit langem Atem laut und vernehmlich das von der Politik einfordern, was unsere Kinder zu Recht von ihrem Staat erwarten dürfen: die optimale Unterstützung für ihre Bildung und Ausbildung!“

Für den Inhalt verantwortlich: **Peter Missy (bpv)**

Tel: 089/ 74 61 63 -13, Fax: 089/ 72 11 073, E-Mail: [pressestelle@bpv.de](mailto:pressestelle@bpv.de)